



„Maduros Terrorregime“? In westlichen Medienberichten wird die Gewalt, die von Teilen der Protestbewegung gegen die venezolanische Regierung ausgeht, verschwiegen. Die Schuld für die Eskalation wird einseitig der Regierung zugewiesen.

Ein Störenfried mit vielen Problemen

Ein Jahr nach dem Tod von Hugo Chávez gibt es in Venezuela heftige Proteste und schwerwiegende Wirtschaftsprobleme. Die Zukunft des „bolivarischen Prozesses“ steht auf dem Spiel.

Von Helge Buttker

Venezuela stört. Das südamerikanische Land hat weiterhin massive innenpolitische Probleme, gleichzeitig und parallel wird von vielen Seiten an der Destabilisierung der Regierung gearbeitet. Denn diese sitzt auf den größten Ölreserven der Welt. Zum Schutz seines Landes regte der vor gut einem Jahr verstorbene Präsident Hugo Chávez

neue regionale Zusammenschlüsse an. Sie sollen die alte und von den USA dominierte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ablösen. Auch dort erlitten die USA zuletzt einen Rückschlag, als 29 von 32 Staaten angesichts der aktuellen Krise die Einmischung in die inneren Verhältnisse Venezuelas ablehnten. Eine Einmischung von außen, egal in welchem Land, im schlimmsten Fall gar durch Gewalt, lehnt auch die 2010 gegründete Gemeinschaft

der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ab. Die Staatengemeinschaft erklärte Lateinamerika unlängst zur Friedenszone, basierend auf der Souveränität der Staaten, wie der ehemalige Schweizer Botschafter in Venezuela, Walter Suter, in einem Interview prägnant zusammenfasste.¹ Allein das Pochen auf die Souveränität dürfte dabei in der heutigen weltpolitischen Lage ein Grund dafür sein, zum Störenfried erklärt zu werden.

Venezuela wird auch aufgrund seines Projektes eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von westlichen Staaten beargwöhnt. In der Medienberichterstattung und auf der politischen Bühne stehen sich Gegner und Befürworter des venezolanischen Weges auch 15 Jahre nach Beginn der Präsidentschaft von Chávez sowohl im Land selbst als auch weltweit unversöhnlich gegenüber. Der mediale Mainstream berichtet beschönigend oder wohlwollend über die aktuellen Proteste einer teilweise gewalttätigen Opposition, während die Errungenschaften der „bolivarischen Revolution“ in Berichten über Wirtschaftsprobleme, Versorgungengpässe und Kriminalität nicht vorkommen. Diese Probleme gibt es, aber für die Protestierenden in den wohlhabenden Zentren des Landes dienen sie meist nur als Vorwand für ihre gewalttätigen Ausschreitungen.

In Deutschland suggeriert die *Tagesschau* durch ihre Berichterstattung immer wieder, dass die Gewalt nur von der venezolanischen Regierung ausgeht², die *Welt*-Korrespondentin Hildegard Stausberg schrieb im Februar von „Maduros Terrorregime“ und bemühte den obligatorischen NS-Vergleich.³ Der *Bayerische Rundfunk* wiederum nutzte die aktuell angespannte Situation zu einer Polemik gegen die Linkspartei. Diese solidarisierte sich mit den „Machthabern“ im Land, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen würden.⁴ Dass in dem Beitrag offenbar gezielt die Unwahrheit über eine Veranstaltung der Venezuela-Solidarität verbreitet wurde, verwundert da nicht.⁵ Dass das Thema Menschenrechte immer wieder gegen die venezolanische Regierung in Stellung gebracht wird, auch deshalb hat die Regierung Anfang Mai selbst einen Nationalen Rat für

Menschenrechte einberufen, an dem auch Teile der Opposition beteiligt sind.⁶

Was passiert in Venezuela?

Am 12. Februar starben die ersten Menschen im Zuge der Proteste in Venezuela. Zwei Oppositionelle und ein Anhänger der Regierung wurden getötet. In der Folge radikalisierten sich die Proteste, es gab Gewalt vonseiten staatlicher Organe, viel mehr noch aber vonseiten der Protestierenden. Beides wird von den offiziellen Stellen strafrechtlich verfolgt. Unter den bislang vierzig Toten, die mehr oder weniger gesichert mit den Ereignissen in Zusammenhang gebracht werden können, finden sich Oppositionelle neben Regierungsanhängern und Unbeteiligten.⁷

Trotzdem ergehen Schuldzuweisungen an die Regierung. So machen die Vereinigten

Staaten allein die Sicherheitskräfte und Präsident Nicolás Maduro für die Eskalation verantwortlich und Außenminister John Kerry drohte Ende Mai sogar mit Sanktionen, wenn die Regierung den Konflikt nicht beilege. Derweil hat sich ein kleiner Teil der Opposition so weit radikalisiert, dass er gewalttätig gegen seine Gegner in den Basisbewegungen und im Staatsapparat vorgeht. Seit Februar kam es immer wieder zu Straßenschlachten, Protestcamps und Blockaden, den sogenannten Guarimbas, es wurden Bomben- und Brandanschläge auf Strom- und Umspannwerke verübt. Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers und Venezuela-Experten Dario Azzellini entsprechen „Ziele und Methoden (...) immer deutlicher den traditionellen CIA-Vorgaben für einen Zermübungskrieg, ähnlich dem, der auch gegen das sandinistische Nicaragua in den 1980er Jahren geführt wurde.“⁸

Der Einfluss der USA auf die aktuellen Proteste in Venezuela ist belegt. Das National Endowment for Democracy (NED) und die U.S. Agency for International Development (USAID) unterstützen Leopoldo López und María Corina Machado, zwei der Hauptakteure der Proteste, und ihre Organisationen. So erhielten nach Recherchen der Anwältin, Aktivistin und Journalistin Eva Golinger die Parteien Primero Justicia und Voluntad Popular, die López nahestehen, sowie die Organisation Súmate von Machado 2013 und 2014 mehr als 14 Millionen US-Dollar.⁹ Machado war bis vor Kurzem Abgeordnete der venezolanischen Nationalversammlung, bis sie das Amt verlor, weil sie im Auftrag der Regierung Panamas bei der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington gegen die eigene Regierung auftrat. Zudem läuft gegen sie ein Strafverfahren wegen Anstiftung zur Gewalt.¹⁰ López sitzt mittlerweile im Gefängnis, ihm wird die Anstiftung zu Protesten vorgeworfen, bei denen es in einigen Fällen Tote gab. In den USA selbst hat sich eine Gruppe rechter Abgeordneter zusammengetan, die für Venezuela einen eigenen Liberty and Democratic Solidarity Act vorbereitet, als dessen Vorbild die Blockade Kubas dient.¹¹

Bei diesen „Protestierenden“ wundert es kaum, welcher sozialen Klasse sie angehören. Während beispielsweise in der Hauptstadt Caracas das Leben in den Armenvierteln seinen normalen Gang geht, wobei gerade die Armen von den Versorgungsengpässen bei Grundnahrungsmitteln betroffen sind, wird – wenn überhaupt – in den Reichenvierteln protestiert. Der US-amerikanische Ökonom



picture alliance/AP Photo/Fernando Llane

und Journalist Marc Weisbrot fasste im britischen *Guardian* zusammen: „Die Bewohner von Vierteln wie Los Palos Grandes und Altamira, in denen ich Zeuge von Protesten bin, haben Bedienstete, die sich für sie anstellen. Sie verfügen über das Einkommen wie auch den Platz, Vorräte zu lagern.“¹² Und die französische Journalistin Anne Vigna schreibt in *Le Monde diplomatique*, dass die Reichen im Supermarkt über Inflation und Betrug der Regierung schimpfen, während sie Whiskey und Champagner kaufen.¹³

Inflation und Wirtschaftsprobleme

Natürlich treffen die Preissteigerungen auch die Reichen. Gleichzeitig können sie aber auch durch diverse Mechanismen von den Maßnahmen profitieren, die die Regierung zur Eindämmung der Inflation unternimmt. Beispielsweise bei der Devisenkontrolle: In Venezuela ist der Handel mit US-Dollar seit 2003 reguliert. Damals hatte die Opposition mit Unterstützung der USA versucht, die Regierung erst durch einen militärischen Putsch und dann durch einen Unternehmerstreik zu stürzen. Der US-Dollar durfte seitdem bis zur Teilliberalisierung Anfang dieses Jahres nur zum subventionierten offiziellen Wechselkurs getauscht werden, wofür bestimmte Bedingungen erfüllt werden mussten. Und dies begünstigt vor allem die Reichen: Sie sind es in der Mehrzahl, die für Urlaubsreisen, Auslandsüberweisungen oder ein Auslandsstudium zum offiziellen Kurs Bolívar in US-Dollar eintauschen kön-

nen. Wer etwa mit den offiziell erworbenen Dollar eine Urlaubsreise antritt und einen Teil der Devisen nach Hause zurückbringt, konnte das Geld auf dem Schwarzmarkt mit hohen Gewinnen verkaufen. So wurde das Wechselkurssystem zu einem Subventionsprogramm für die Oberschicht des Landes.¹⁴

Lange Zeit konnte die Inflation so relativ gering gehalten werden. Sie war 2012, dem Jahr der letzten Wiederwahl von Hugo Chávez, auf zwanzig Prozent gesunken. Dann erschwerte die Regierung den Zugang zum Dollar massiv. In der Folge stieg der Schwarzmarktkurs, viele Waren wurden zu Schwarzmarktpreisen importiert und auf diesem erhöhten Preisniveau weiter veräußert. Dadurch schnellte die Inflation in die Höhe. Um sie einzudämmen, gab die Regierung im März dieses Jahres den Währungsmarkt teilweise frei. Seitdem können Venezolaner in einem geregelten Verfahren Bolívar in US-Dollar tauschen. Der Kurs beträgt etwa 50 Bolívar für einen Dollar, der offizielle Wechselkurs bleibt bei 6,5 Bolívar pro Dollar festgeschrieben und gilt für besonders wichtige Importgüter.¹⁵ Erste Berichte deuten darauf hin, dass sich dadurch die Lage etwas stabilisiert hat und der Schwarzmarktpreis sinkt.¹⁶

Das Hauptproblem der venezolanischen Wirtschaft, mit der sich Inflation und Versorgungsengpässe erklären lassen, bleibt die Abhängigkeit vom Ölreichtum. Venezuela besitzt weltweit die größten Reserven. Fast die kompletten Deviseneinnahmen stammen aus dem Ölgeschäft. Im Gegenzug müssen etwa drei Viertel der Gebrauchsgüter importiert



picture alliance/AP Photo/Miguel Gutiérrez

Verschiedene politische Projekte: Venezuelas Präsident Nicolás Maduro (links) will die von seinem Vorgänger Hugo Chávez begonnene „bolivarische Revolution“ fortsetzen; María Corina Machado (rechts), Vertreterin der aus den USA finanzierten Opposition, steht für den Abbruch dieses Weges

werden. Teilweise werden diese dann zu subventionierten Preisen in den Armenvierteln verkauft. Im Land selbst ist das Öl wiederum konkurrenzlos billig. Deswegen lässt sich die enorme Unwucht der Wirtschaft Venezuelas besonders gut an dem Preisverhältnis von einmal Volltanken und einer Halbliterflasche Mineralwasser demonstrieren: Im März war die Flasche Mineralwasser doppelt so teuer wie siebzig Liter Benzin. Für die fünf Bolívar, die für die Tankfüllung zu bezahlen sind, bekam man zur gleichen Zeit auf dem Schwarzmarkt nicht einmal zehn US-Cent.¹⁷ Kein Wunder, dass der Benzinschmuggel blüht.

Kampf ums Öl

Der ganze Konflikt in Venezuela lässt sich auf den Konflikt um die Verteilung der Ölrrente zurückführen. Mit den Öleinnahmen finanziert die Regierung seit 1999 Sozialprogramme, durch die die Armutsrate in Venezuela massiv gesenkt werden konnte¹⁸ und das Land mittlerweile die geringste Ungleichheit der Einkommensverteilung in Lateinamerika aufweist. Der Gini-Index, der die Verteilung des Reichtums anzeigt, ist von 48,5 (1998) auf 39 (2011) gesunken, den geringsten Wert in Lateinamerika.¹⁹ Das Öl wird also offenkundig gerechter verteilt, was den Reichen zweifellos ein Dorn im Auge ist. Die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise wird in Venezuela jedoch nicht angetastet. Deswegen scheint es auch etwas zu kurz gegriffen, wenn Präsident Maduro die Unternehmer beschuldigt, einen Wirtschaftskrieg zu führen und

Waren zurückzuhalten.²⁰ Das passiert sicherlich, aber es handelt sich dabei nach Worten des Politik-Professors Chris Gilbert um das normale Geschäft der Kapitalistenklasse. Sie sei in Venezuela wieder in Aktion getreten und versuche nun, die politischen Institutionen zu disziplinieren. Die Politik solle für Recht und Ordnung sorgen, während die Wirtschaft sich selbst regulieren will.

Gilbert spricht in diesem Zusammenhang von einer Falle, die dem Präsidenten auch bei den aktuellen Gesprächen zur Befriedung des Konfliktes gestellt wird.²¹ Denn seit April führen Teile der Opposition mit der Regierung unter Beteiligung der Außenminister von Brasilien, Ecuador und Kolumbien sowie des Apostolischen Nuntius in Venezuela einen „Friedensdialog“. Nach gegenseitigen Vorwürfen wurden die Gespräche zunächst ausgesetzt, dann aber Mitte Mai wieder aufgenommen. Herauskommen könnte eine Neutralisierung der radikalen Kräfte der Opposition, aber auch der Basisbewegung.

Sollte das passieren, wäre es ein großer Rückschritt für die Masse des Volkes. Denn insbesondere die Mobilisierung und Selbstorganisation der einfachen Menschen in Venezuela hat die „bolivarische Revolution“ in den vergangenen Jahren am Leben gehalten – die kommunalen Räte seien das Fundament des Prozesses, sagt auch der zuständige Minister Reinaldo Iturriza.²² Allerdings bleibt die Organisation derzeit auf Belange des Alltags und der Politik beschränkt, die Organisation der Produktion findet immer noch viel zu wenig statt. Sie müsste zuerst einmal auf breiter Basis aufgebaut werden, die Landwirtschaft liegt in weiten Teilen des Landes immer noch brach. Der zweifellos vorhandene Fortschritt bei der Produktion landwirtschaftlicher Güter kann mit dem steigenden Bedarf nicht mithalten. Das weiß auch die Regierung, die nach dem Wahlsieg im vergangenen Jahr versprach, neue Fabriken zu bauen und die Produktion anzukurbeln.

Führende Aktivisten in Venezuela sehen das wichtigste Mittel gegen die Krise und für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in der Verstaatlichung sämtlicher Ressourcen und Banken²³, während sie im gleichen Atemzug die wachsende Macht der Bürokratie beklagen. Diese würde indes durch weitere Verstaatlichung ausgebaut. „Öl säen bedeutet Korruption säen“, schreibt dagegen der Aktivist und Journalist Raúl Zibechi in einem aktuellen Beitrag zur Krise. Er bedient sich dabei eines gerne genutzten Bildes in

Venezuela und stellt klar: „Sozialismus kann nicht gesät werden, sondern muss über einen langen Zeitraum mühsam aufgebaut werden. An diesem Punkt gibt es keine Abkürzungen.“²⁴ In einfachen Worten: ohne gesellschaftliche Produktion keinen Sozialismus.²⁵ Die Regierungspartei PSUV (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) fungiert bislang nicht als organisatorischer Rahmen für diese Art selbstkritischer Debatten, sie ist vielmehr weiterhin (erfolgreiche) Mobilisatorin in Wahlkämpfen.

Störer der strategischen Beziehungen Deutschlands

Aus westlicher Sicht stört das „Projekt Venezuela“, das zumindest haben im vergangenen Herbst die Stiftung Wissenschaft und Politik und der German Marshall Fund konstatiert. In ihrem Strategiepapier *Neue Macht. Neue Verantwortung*, in dem sie „Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ vorschlagen, tauchen Kuba und Venezuela als sekundäre Störer der strategischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland auf. Primäre Störer wären demnach Iran und Nordkorea als „starke“ – sowie „zerfallende“, „fragile“ Staaten wie Syrien und Mali.²⁶ Russland, Brasilien oder China wurden hingegen von den beteiligten Politikern, Wissenschaftlern und Beratern der Bundesregierung zu den Herausforderern gerechnet. Das genannte Papier wurde zwischen November 2012 und September 2013 erarbeitet, erschien also vor den aktuellen Konflikten in Venezuela oder der Ukraine. Vermutlich würden die Töne jetzt noch deutlicher ausfallen. Doch allein die explizite Nennung Venezuelas veranschaulicht, dass die Wirkung des boliviarischen Experimentes eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, wie ihn Präsident Hugo Chávez propagiert hatte, auch nach dessen Tod anhält – positiv wie negativ.



Helge Buttkereit ist Historiker, freier Journalist und Publizist. Er lebt und arbeitet in Schleswig-Holstein. 2011 erschien von ihm das Buch *Wir haben keine Angst mehr* über den

bolivarischen Prozess in Venezuela sowie die zweite Auflage von *Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika*.